

Volker Kauder

Das hohe C

Politik aus dem Christlichen Menschenbild



FREIBURG · BASEL · WIEN



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C014496

Originalausgabe

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2020

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Die Bibeltexte sind entnommen aus:

*Die Bibel. Die Heilige Schrift
des Alten und Neuen Bundes.*

Vollständige deutsche Ausgabe

© Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2005



Satz: Newgen Publishing Europe

Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN Print 978-3-451-38848-4

ISBN E-Book EPUB 978-3-451-82147-9

ISBN E-Book PDF 978-3-451-82148-6

Inhalt

Danksagung	9
Einleitung	11
Kapitel 1: Christliches Menschenbild und säkulare Gesellschaft?	15
<i>Pluralismus – Chance und Herausforderung</i>	15
<i>Die Gefahr der Selbstvergleichgültigung</i>	17
<i>Säkularer Staat und Christliches Menschenbild</i>	19
<i>Christliche Politik?</i>	23
<i>Ist Politik auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes konservativ?</i>	27
<i>Konservativ, liberal, christlich-sozial?</i>	31
<i>Woher wissen wir, was das Christliche Menschenbild beinhaltet?</i>	32
<i>Wahrheitsanspruch und Toleranz: Wie geht das zusammen?</i>	35
<i>Das „C“ in den Grundsatzprogrammen der Union – ein Überblick</i>	36
Kapitel 2: Grundlinien eines Christlichen Menschenbildes	51
<i>Vater</i>	54
<i>Menschwerdung</i>	55
<i>Ebenbildlichkeit</i>	56
<i>Der Mensch – ein Beziehungswesen</i>	62
<i>„Zur Freiheit befreit“</i>	65
<i>Was ist mit Freiheit gemeint?</i>	67
<i>Der Realismus des Christlichen Menschenbildes</i>	69
<i>Würde – mehr als nur eine Vereinbarung</i>	71

<i>Menschenrechte</i>	77
<i>Würde und Menschenrechte – eine christliche Erfindung?</i>	82
 Kapitel 3: Leitideen für eine Politik, die sich am „C“ orientiert.	87
<i>Personalität: Den Menschen als Individuum ernst nehmen</i>	87
<i>Solidarität: Der Mensch zwischen Freiheit und Verantwortung.</i>	92
<i>Subsidiarität: Hilfe zur Selbsthilfe</i>	96
<i>Schöpfungsverantwortung</i>	100
<i>Gemeinwohl: Mehr als nur ein Kompromiss</i> . . .	105
<i>Korrigierbarkeit: Die Zeichen der Zeit lesen</i> . . .	108
<i>Wahrheit und Wahrhaftigkeit.</i>	111
 Kapitel 4: Das Christliche Menschenbild in der Politik	121
<i>Religionsfreiheit.</i>	121
<i>Was ist Religionsfreiheit?</i>	121
<i>Religionsfreiheit – ein besonderes Menschenrecht?</i>	124
<i>Religionsfreiheit – Ausdruck des Christlichen Menschenbildes.</i>	126
<i>Religionsfreiheit als gemeinsames Anliegen.</i> . . .	129
<i>Bedrängt und verfolgt – Einsatz für Christen weltweit.</i>	132
<i>Migration und Flucht.</i>	141
<i>Geöffnete Tore? – Krise an der EU-Außengrenze</i>	147
<i>Integration.</i>	152
<i>Integration und Islam</i>	156
<i>Bildung</i>	163
<i>Europa</i>	164

<i>Außenpolitik</i>	169
<i>Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit</i>	176
<i>Lebensschutz zwischen Autonomie und Fürsorge</i>	179
<i>Der Beginn menschlichen Lebens</i>	180
<i>Postmortale Organspende</i>	183
<i>Sterbehilfe</i>	187
<i>Familie – der Kern unserer Gesellschaft</i>	191
<i>Ordnung und Freiheit – die Soziale Marktwirtschaft</i>	194
 Kapitel 5: Neue Herausforderungen, neue Chancen	201
<i>Rechtspopulismus und Christliches Menschenbild?</i>	201
<i>Soziale Medien und Digitale Bildung</i>	210
Schluss	217
Anmerkungen	219

Danksagung

In seinem Aufsatz *Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden*¹ rät Heinrich von Kleist seinem Leser, Wissen freizulegen, indem man mit anderen darüber spricht. Dass es gelang, dieses Buch zu schreiben, ist ebensolchen Gesprächen zu verdanken. Entgegen der Empfehlung von Kleist, der betont, dass das Gegenüber von der Materie selbst gar nicht viel verstehen müsse, um bei der Verfertigung der Gedanken behilflich zu sein, habe ich das Gespräch mit jenen gesucht, deren Expertise und Erfahrungsschatz unübertroffen sind. In diesem Austausch entstanden die entscheidenden Impulse für die Entstehung des vorliegenden Buches.

Eberhard Schockenhoff, dem Freiburger Professor für Moraltheologie, danke ich neben seinen kostbaren Hinweisen zum Verhältnis zwischen Humanismus und Christlichem Menschenbild insbesondere für den Fingerzeig, dass es zwar eine „christliche“ Politik nicht geben kann, sehr wohl aber eine Politik aus christlicher Verantwortung.

Wolfgang Huber, dem ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, verdanke ich neben dem genialen Begriff der Selbstvergleichgültigung auch aufschlussreiche Denkanstöße über den Menschen als Beziehungswesen, die Menschenfreundlichkeit Gottes und die große Chance, die Pluralisierung mit sich bringt.

Walter Kardinal Kasper bin ich besonders dankbar für seine Erläuterungen zur großen jüdisch-christlichen Friedensidee der Gottebenbildlichkeit des Menschen und deren Implikationen für die politischen Herausforderungen von heute.

Ich danke meinem langjährigen Mitarbeiter Dr. Andreas Mom für seine tatkräftige Unterstützung und umsichtige Begleitung dieses Buches. Der Konrad-Adenauer-Stiftung danke ich für die großzügige Förderung dieses Projekts. Dass ich die Grundzüge des Christlichen Menschenbildes in diesem Buch näher ausleuchten konnte, verdanke ich auch dem Verlag Herder und der engagierten Begleitung des Projekts durch seinen Lektor, Florian Pletscher. Besonderer Dank gilt schließlich meinem Mitarbeiter Richard Mathieu, ohne den dieses Buch nicht möglich gewesen wäre.

Einleitung

Mithilfe eines Lackmusters lässt sich bestimmen, ob es sich bei einer Substanz um eine Säure oder Base handelt. Ein Lackmuster lässt sich nicht bestehen, er zeigt schlichtweg den eigentlichen Charakter einer Substanz auf. Im übertragenen Sinne gilt dies gleichermaßen für die Politik: Am Umgang mit politischen Herausforderungen zeigt sich der wahre Charakter politischer Akteure und Parteien. Der Unterschied ist: Während in der Chemie eine Substanz nicht selbst darüber entscheiden kann, ob sie Base oder Säure ist, können Parteien sehr wohl ihr Selbstverständnis gestalten und ihre Ausrichtung bestimmen.

„*Die Union muss wieder konservativer werden!*“ So eine These, die in nahezu allen politischen Diskursen der letzten Jahre als die ultimative Lösung des Problems eines vermeintlichen Konturenverlustes der Unionsparteien unüberhörbar vertreten wird. Die Forderung nach einer Besinnung auf angeblich konservative Werte begleitet das politische Geschehen nicht erst seit den Herausforderungen durch die Flüchtlinge 2015, sondern meldete sich bereits im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht oder dem Ausstieg aus der Kernenergie lautstark zu Wort, ganz so, als ob Wehrpflicht und Kernenergie zum unverbrüchlichen Kanon eines konservativen Wertgefüges gehörten.

Auch wenn die Forderung nach einer konservativen Ausrichtung der Christdemokraten keine neue ist, so hat sie doch im Zuge der Flüchtlingsfrage und der Wahlergebnisse der Folgejahre eine neue, kontroversere und

im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch problematischere Dynamik bekommen. Nach der Bundestagswahl 2017, aber auch im Anschluss an die Europawahl 2019 und überhaupt als Reaktion auf das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen wurde wiederholt gefordert, die Union müsse wieder konservativer werden, um eine angeblich nach rechts abgewanderte Wählerschaft zurückzugewinnen und um zu verhindern, dass Rechtspopulisten sich weiterhin als einzige „echte“ konservative Kraft inszenieren können. Diejenigen, die den Begriff des Konservativen mit einer großen Selbstverständlichkeit aussprechen, bleiben meist eine konkrete inhaltliche Bestimmung und Begründung dessen schuldig, was konservativ eigentlich bedeuten soll. Konservativ ist für einige offenbar nichts weiter als die Summe an inhaltlichen Positionen, denen man hinterhertrauert, eine Chiffre für die vermeintlich gute alte Zeit. Konservativ sind viele immer dann, wenn Vertrautes seine Selbstverständlichkeit verliert oder zumindest infrage gestellt wird, wenn es also im Grunde schon zu spät ist und man nicht mehr Bestehendes bewahrt, sondern Vergehendes.

Viele Konservative setzen allgemeiner an und verstehen das Konservative im Sinne von „*Prüft alles und behaltet das Gute!*“ (Erster Brief an die Thessalonicher 5,21). Allerdings bleibt auch hier unklar, was das Gute denn überhaupt zum Guten macht – dass die Positionen innerhalb des politischen Spektrums hier weit auseinandergehen, liegt auf der Hand.

All jenen, die wiederholt fordern, die Union müsse wieder konservativer werden, sage ich: Nein! Wir brauchen eine Rückbesinnung auf das „C“, das Christliche. Das Christliche Menschenbild ist der Kompass, an dem sich unser inhaltliches Profil und unser politisches Handeln ausrichten muss: In ihm gründen alle anderen

Selbstzuschreibungen der Union: liberal, sozial und konservativ stehen niemals für sich, sondern ergeben sich aus dem „C“ und werden erst durch die integrative Kraft des Christlichen Menschenbildes sinnvoll zusammengeführt. Was wir als Unionsparteien, ja auch als Gesellschaft benötigen, ist kein Mehr an konservativen Positionen, sondern ein Mehr an Orientierung am Christlichen Menschenbild. Dieses Buch widerspricht mit Nachdruck der Behauptung, wir müssten wieder konservativer werden, und wirbt für eine Politik, die sich am Christlichen Menschenbild ausrichtet.

Das bedeutet aber auch, dass wir gerade keine „christliche“ Politik machen. Mandatsträger sind in der Ausübung ihres Mandates keine Missionare. Ich bin überzeugt, dass das Christliche Menschenbild als Kompass auch und gerade in einer säkularen Gesellschaft und jenseits des persönlichen christlichen Bekenntnisses Orientierung bieten kann. Dabei ist klar: Von einem Christlichen Menschenbild im Singular zu sprechen, ist angesichts der Vielfalt von Traditionslinien, Theologien und Spiritualitäten des Christentums eine Vereinfachung. Dennoch können wir von „dem“ Christlichen Menschenbild sprechen, da die vielen verschiedenen nuancierten christlichen Menschenbilder einen gemeinsamen Kern haben.* Welche Relevanz dem Christlichen Menschenbild in Anbetracht einer wachsenden Vielfalt an Lebensentwürfen, Wertgefügen und Weltanschauungen zukommt, will ich im Folgenden aus meiner Perspektive als bekennender Christ und langjähriger Politiker aufzeigen. Um die Konturen des Christlichen Menschenbildes

* Wo das christliche Menschenbild in diesem Sinne gemeint ist, wird es in diesem Buch mit einem großen – man könnte auch sagen: hohen – C geschrieben.

näher zu skizzieren, werde ich punktuell auch eine theologische Perspektive einnehmen, etwa dort, wo es um die revolutionäre Idee der jüdisch-christlichen Überlieferung geht, dass der Mensch Ebenbild Gottes ist. In einem weiteren Kapitel werde ich einige Leitideen für eine Politik auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes vorstellen und sodann anhand einer Reihe konkreten politischen Problemfeldern veranschaulichen, wo und wie sich eine solche Politik zeigt. Die folgenden Ausführungen sind dabei von der Überzeugung getragen, dass wir als Menschen zur Freiheit berufen und zum Dienst an unserem Nächsten verpflichtet sind (Brief an die Galater 5,13).

Kapitel 1: Christliches Menschenbild und säkulare Gesellschaft?

Pluralismus – Chance und Herausforderung

In unserer heutigen Zeit für das Christliche Menschenbild als Kompass zu werben, ist keine Selbstverständlichkeit. Das Christentum und mit ihm die Werte, die es anbietet, sind längst eine Option unter vielen. Neben der Vielfalt an religiösen Weltanschauungen ist auch eine zunehmende Säkularisierung unserer Gesellschaft zu beobachten. Derzeit sind etwa 55 Prozent der Deutschen Mitglied einer Kirche, ungefähr 36 Prozent sind – zumindest in formaler Hinsicht – konfessionslos. Eine von der evangelischen und katholischen Kirche geförderte Studie² der Universität Freiburg ergab kürzlich, dass sich bis 2060 die Anzahl der Kirchenmitglieder in Deutschland halbieren wird. Statt der derzeitigen 44,8 Millionen wird es dann etwa 22,7 Millionen Christen in unserem Land geben. Der Hauptgrund hierfür wird darin gesehen, dass es für Eltern immer weniger selbstverständlich ist, ihre Kinder taufen und so in das kirchliche Leben hineinwachsen zu lassen. Neben den christlichen Kirchen ist auch der Islam – als zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland – eine maßgebliche Größe innerhalb der zunehmenden weltanschaulichen Vielfalt Deutschlands. Die Abwendung von institutionellen Formen des Christentums nimmt nicht nur in organisierter Form zu, sondern in einer oft diffusen Prägung, die aber gleichwohl das öffentliche Leben mitbestimmt.

Doch derartige Pluralisierungsprozesse sind nicht nur im Hinblick auf Religionen und Weltanschauungen festzustellen. Vergleichbare Beobachtungen lassen sich auch in Bezug auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens machen: Wir können also von einer Pluralisierung der Lebensformen sprechen. Besonders deutlich wird dies bei den Familien: Zur klassischen Kernfamilie aus verheirateten Eltern und ihren leiblichen Kindern treten vielfältige Beziehungs- und Familienkonstellationen hinzu.

Angesichts dieser Vielfalt stellt sich die Frage, welche Relevanz das Christliche Menschenbild überhaupt noch für sich beanspruchen kann. Ist es nicht vielmehr so, dass gerade die gesellschaftliche Pluralisierung und die Abnahme der Zahl von Kirchenmitgliedern als ein Relevanzverlust des Christlichen zu werten ist? Ist es überhaupt noch angemessen, in der säkularen und pluralistischen Gesellschaft, in der wir leben, von einem Christlichen Menschenbild zu sprechen, geschweige denn es als Kompass politischen Handelns ins Gespräch zu bringen? Welche Rolle kann diesem Menschenbild angesichts des Plurals von Weltanschauungen und Lebensformen noch zukommen?

Als überzeugter Christdemokrat will ich das Christliche Menschenbild als Orientierungsangebot einbringen. Meine Überzeugung ist, dass es Orientierung in einer Zeit der Orientierungslosigkeit bieten kann. Zugleich sind die wachsende Vielfalt und die Tatsache, dass das Christentum längst eine Möglichkeit unter vielen geworden ist, nicht unbedingt Anlass zu Pessimismus. Vielmehr bietet die Pluralisierung große Chancen, weil sie zugleich auch eine Demokratisierung mit sich bringen kann. Mit anderen Worten: Angesichts der Vielfalt und der Selbstverständlichkeit, mit der wir diese akzeptieren,

kann niemand – keine Weltanschauung, keine Religion, keine Ideologie – einen Alleinvertretungsanspruch für die Werte und Regeln unserer Gesellschaft beanspruchen. Vielmehr sehen wir uns einem Markt der Weltanschauungen gegenüber, auf dem das „C“ sich nicht (oder jedenfalls nicht mehr) durch Zwang, Konvention, Sitte oder Brauch durchsetzt, sondern durch authentische Überzeugungsarbeit, durch den – wie es Habermas vielfach formuliert hat – zwanglosen Zwang des besseren Argumentes. Gerade angesichts eines Plurals von Optionen kann hier eine bewusste Entscheidung ein Ausdruck echter Freiheit sein – ganz gleich, wie sie ausfallen mag. Auf einem solchen Markt der Weltanschauungen ist es jedermanns Pflicht, seine Grundüberzeugungen deutlich zu machen und sich um einen guten Konsens in gesellschaftlichen und politischen Grundfragen zu bemühen.

Die Gefahr der Selbstvergleichgültigung

Der Fußballclub Real Madrid konnte 2014 die Nationalbank von Abu Dhabi als Sponsor gewinnen. Unaufgefordert entfernte der Verein in der Folge das kleine Kreuz aus dem Logo des Vereins, zumindest auf den Kreditkarten des neuen Sponsors. In diesem Zusammenhang brachte Bischof Wolfgang Huber den Begriff der Selbstvergleichgültigung ins Gespräch.³ Die Entfernung des Kreuzes geschah unaufgefordert. Mit anderen Worten: Real Madrid sprach dem Emirat Abu Dhabi – eigentlich für seine Weltoffenheit bekannt – von vornherein die Toleranz gegenüber einem christlichen Motiv ab. Das eigentliche Problem der Selbstvergleichgültigung besteht freilich nicht darin, wie Fußballvereine ihre Logos gestalten. Dennoch zeigt dieses plakative Beispiel,

was mit Selbstvergleichgültigung gemeint ist: Aus einer offensichtlich überambitionierten und falsch verstandenen Toleranz heraus das eigene, christlich geprägte Profil zu kaschieren, um Konfrontationen zu vermeiden. Doch das Problem einer solchen Selbstvergleichgültigung besteht gerade darin, dass sie dem Gesellschaftsmodell liberaler Demokratien und der Überzeugung entgegenläuft, dass alle Menschen wesentlich gleich sind und gleichermaßen ein Anrecht darauf haben, ihre Kultur und Weltanschauung sichtbar zu machen. Mit den Worten Wolfgang Hubers: *„Selbstvergleichgültigung ist kein Beitrag zur Toleranz. Wo nur Gleichgültigkeit herrscht, wird Toleranz unnötig.“*⁴ Demokratische Ordnungen bilden ja gerade jenen Rahmen, innerhalb dessen eine Vielfalt von Kulturen und weltanschaulichen Positionen nebeneinander und miteinander bestehen kann. Sie ermöglichen darüber hinaus aber auch die Anerkennung und das Aussprechen von echten Differenzen, ohne dass damit bereits schon eine Herabsetzung des Gegenübers ausgesagt ist. Konkret bedeutet dies beispielsweise, dass wir dort, wo wir Konfliktpotenzial zwischen bestimmten Ausprägungen des Islams und unseren im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechten, etwa der Gleichberechtigung von Mann und Frau, befürchten, dieses auch offen ansprechen müssen, ohne dass hier bereits Islamophobie unterstellt werden darf. Sich nicht selbst zu vergleichgültigen bedeutet, dass wir in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft gerade nicht darauf verzichten, unsere Stimme zu erheben und darauf hinzuweisen, dass das Christliche Menschenbild etwas beizusteuern hat: nämlich dass es eine Ressource ist, deren Erhalt im Interesse aller ist und die für aktuelle und zukünftige politische Herausforderungen Orientierung bieten kann. Der wichtigste Beitrag von Christen und denjenigen, die sich einer Politik auf der Grundlage des Christlichen

Menschenbildes verpflichtet fühlen, besteht sicher nicht darin, sich selbst durch Schweigen und Selbstrelativierung unsichtbar zu machen, sondern für die eigenen Überzeugungen einzustehen. Gerade in einer Gesellschaft, die zunehmend in allen Bereichen pluralistischer wird und in der andererseits Identität – also die Fragen „Wer bin ich?“ und „Wer sind wir?“ – zu einem bestimmenden politischen Grundthema wird, müssen wir sichtbar machen, wofür wir stehen. Das gilt für die Kirchen, es gilt aber analog auch für den politischen Bereich: Das „C“ sollten wir auch als politische Orientierungsgröße deutlich und grundsätzlich so zur Sprache bringen, dass Menschen sich hiermit identifizieren können.

Säkularer Staat und Christliches Menschenbild

Aber ist nicht die Rede von einem Christlichen Menschenbild bereits ein Widerspruch zum säkularen Selbstverständnis unseres Staates? Sollten wir von Christen – und anderen religiösen Menschen – nicht vielmehr erwarten, dass sie sich im öffentlichen Raum an ein Neutralitätsgebot halten und daher ihre religiösen Ansichten in eine säkulare Sprache übersetzen? Sollten Christen beispielsweise anstatt von Schöpfungsverantwortung in Talkshows und Parteiprogrammen nicht grundsätzlich von Nachhaltigkeit sprechen? Schließlich wäre anzunehmen, dass der Begriff der Schöpfung für die etwa 36 Prozent der Konfessionslosen in Deutschland wenig Überzeugungskraft entfaltet.

Grundsätzlich gilt: Säkularer Staat und Christliches Menschenbild sind kein Widerspruch. In eleganter Deutlichkeit findet sich diese Einsicht im viel zitierten und im Grundsatz bleibend aktuellen Böckenförde-Diktum, das besagt, dass der freiheitlich-demokratische Staat

von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht zu garantieren vermag.⁵ Diese Beobachtung des Rechtsphilosophen Ernst-Wolfgang Böckenförde beschreibt zunächst eine Realität, sie ist also deskriptiv und betrifft den Ist-Zustand, ohne eine Soll-Aussage zu treffen. Böckenförde dachte bei seiner Aussage vor allem an das Verhältnis zwischen dem Staat und den Kirchen. Aber genau dieser Zustand, dass der Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, besteht unter veränderten Bedingungen weiter. Heute trifft das Diktum allerdings nicht nur für die Kirchen, sondern auch andere weltanschauliche Gruppen zu. Die Tatsache, dass Religionen und Glaubensüberzeugungen für das gesellschaftliche Zusammenleben in einem Staat wichtige Ressourcen sind, bedeutet sodann auch, dass man als Politiker ein vitales Interesse daran haben muss, dass das „C“ präsent bleibt. Kein Politiker – egal welcher Couleur – kann ernsthaft wirklich wollen, dass sich das Christentum zurückzieht. So hat auch der Linken-Politiker Gregor Gysi zu Recht geäußert, dass er in einer religionsfreien Gesellschaft nicht leben wolle, und ergänzt: *„Ohne die Bergpredigt hätten wir überhaupt keine allgemeinverbindliche Moral.“*⁶

Religionen, Glaubensüberzeugungen und Weltanschauungen bilden jenen Rahmen, innerhalb dessen der Einzelne entscheidet, was für ein Mensch er sein möchte, wie er handeln will, wie er gut und böse, richtig und falsch unterscheidet, welche Maximen für ihn in seinem Handeln leitend sind und wie er sich bei Güterabwägungen verhalten will. Religionen können somit zum Handeln motivieren und beispielsweise zur Fürsorge für Mitmenschen antreiben. Das gilt nicht exklusiv – aber eben auch – für Religionen. Eine Gesellschaft, die taub

ist für religiöse Stimmen, beraubt sich elementarer Ressourcen. Dass ein Staat einerseits weltanschaulich neutral ist und andererseits ein offenes und kooperatives Verhältnis zu Religionsgemeinschaften, insbesondere auch dem Christentum, einnimmt, ist kein Widerspruch: Der Staat mag weltanschaulich neutral sein, aber er ist nicht wertneutral. Als Gesellschaft sind wir auf mehr als nur wirtschaftliche Erfolge, wissenschaftlichen Fortschritt, Wohlstand und politischen Frieden angewiesen: Unser Gemeinwesen braucht ein geteiltes Wertefundament, auf dem wir als Bürger Vertrauen zueinander bilden können. Wir können dieses Vertrauen als „soziales Kapital“ betrachten. Weil mit dem Christlichen Menschenbild Werte zum Ausdruck gebracht werden, haben diese auch im säkularen Staat einen festen Platz, da wir aus ihnen ebendieses soziale Kapital schöpfen können, das unsere Zivilgesellschaft zusammenhält. Dass der freiheitlich-demokratische Staat gerade nicht wertneutral ist und auf Wertehaltungen angewiesen ist, die er selbst nicht einfach schaffen kann, bringt Volker Ladenthin dabei wie folgt auf den Punkt: *„Der Staat kann das christliche Menschenbild nicht setzen, er kann es aber voraussetzen.“*⁷

Wir hatten eingangs gefragt, ob in einem säkularen Staat nicht erwartet werden darf, dass religiöse Bürger ihre Positionen in eine säkulare Sprache übersetzen, wenn sie sich an öffentlichen Diskursen beteiligen. Diese Frage ist mit einem deutlichen „Ja“ zu beantworten. Denn gerade weil der Staat seinen Bürgern Religionsfreiheit einräumt, darf er von ihnen nicht grundsätzlich verlangen, dass sie alle ihre religiösen Überzeugungen in eine säkulare Sprache übersetzen (wenn das überhaupt möglich wäre). Der säkulare, weltanschaulich neutrale Staat darf von seinen Bürgern nicht erwarten, dass sie

selbst in ihrer persönlichen Lebensführung ebenfalls säkular sind. Religion und mit ihr eine religiös geprägte Sprache dürfen nicht einfach aus dem Bereich der Öffentlichkeit verbannt oder gar tabuisiert werden: Eine solche Erwartungshaltung wäre ein Verstoß gegen die weltanschauliche Neutralität, die auch bedeutet, dass der Staat areligiöse und säkulare Weltanschauungen nicht prinzipiell bevorzugen darf. Es wäre eine Aushöhlung des Grundrechts auf Religionsfreiheit, wenn man es auf die negative Religionsfreiheit reduzieren würde. Religionsfreiheit bedeutet auch, dass jeder Bürger das Recht hat, die Gründe zu nennen, die für ihn in moralischen oder politischen Fragen leitend sind. Aktualität und Relevanz des Christlichen Menschenbildes leben davon, dass wir uns einerseits seiner normativen Leitvorstellungen bewusst sind, und es andererseits schaffen, diese so zur Sprache zu bringen, dass sie auch dort nachvollziehbar sind, wo Menschen anderen weltanschaulichen Kontexten entstammen.

Allerdings gibt es einen Bereich, in dem diese Übersetzungsleistung tatsächlich erbracht sein muss: im Parlament. Abgeordnete sind keine Interessenvertretungen für bestimmte Gruppen, sondern vertreten das ganze Volk, säkulare wie religiöse Bürger, und müssen daher ihre Positionen so zur Sprache bringen, dass sie für jeden prinzipiell verständlich und zustimmungsfähig sind. Konkret: Wer im Parlament beispielsweise gegen eine Liberalisierung im Hinblick auf Schwangerschaftsabbrüche oder die assistierte Selbsttötung argumentieren will, kann sich dabei nicht auf Bibelzitate oder die Autorität päpstlicher Enzykliken beziehen, sondern muss für die eigene Überzeugung rational eintreten. Hier gilt allerdings auch: Abgeordnete vertreten zwar das ganze Volk, aber – so formuliert es das Grundgesetz in Artikel

38 – sie sind nicht an Aufträge oder Weisungen gebunden und allein ihrem Gewissen unterworfen.

Dabei kommt ein weiterer Aspekt der Eigenart parlamentarischen Handelns zum Tragen. Denn während Kirchen bei der Formulierung ihrer Positionen nicht auf Mehrheiten oder die Zustimmung anderer angewiesen sind, stehen politische Verantwortungsträger, vor allem Abgeordnete, oft vor einem Dilemma: Gesetzgebungsprozesse sind auf Mehrheiten angewiesen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Wahrheit und Mehrheit lässt sich nur durch das Aushandeln von Kompromissen überwinden. Solche Kompromisse sind auf eine gemeinsame Verständigungsbasis angewiesen, die gerade auch jenseits konfessioneller, religiöser und weltanschaulicher Differenzen tragen muss. Auch deswegen ist es notwendig, rational und ohne religiöse Vorannahmen für den eigenen Standpunkt zu werben. Abgeordnete stehen vor dem Dilemma, einerseits Kompromisse eingehen und sich so teilweise auch von der eigenen Position entfernen zu müssen, und andererseits auch nicht einfach nichts tun zu können. Auch der Verzicht zu handeln ist eine Handlung, die einer moralischen Rechtfertigung bedarf. Wo politische Verantwortungsträger sich aus idealistischen oder ideologischen Erwägungen heraus grundsätzlich einer Kompromissfindung verweigern, darf gefragt werden, ob sie der ihnen übertragenen Verantwortung gerecht werden.

Christliche Politik?

Parteien, die das „C“ im Namen führen, müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie denn christliche Politik machen. Hier ist mit Nachdruck zu betonen: CDU und

CSU machen keine christliche Politik, sondern Politik auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes. Christliche Politik könnte so zu verstehen sein, dass die C-Parteien der verlängerte Arm der Kirchen sind. Dabei muss klar gesagt werden: CDU und CSU sind nicht Ausführungsorgan der Kirchen. Sie sind gleichwohl auf die Kirchen als orientierungsgebende Gesprächspartner angewiesen. Das Verhältnis zwischen Kirchen und Parteien, die sich an dem Christlichen Menschenbild ausrichten, ist geprägt von einer produktiven Distanz. Kirchen geben Politik nicht einfach vor, sind aber ein wichtiger Gesprächspartner für Parteien. Die Stellung der Kirchen ist dabei allerdings nicht exklusiv: Auch andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können ein wichtiger Gesprächspartner der Politik sein.

Christliche Politik hingegen kann es nicht geben, sondern nur eine Politik aus dem Geist christlicher Verantwortung für Gesellschaft und Staat. Aus dieser Verantwortung heraus machen Christen Politik und orientieren sich dabei am Christlichen Menschenbild. „Christliche Politik“ hat zudem einen exklusivistischen Beigeschmack, als ob sie nur von und für Christen betrieben würde. Das Selbstverständnis der CDU hingegen war stets inklusiv: Nicht nur Katholiken und Protestanten sollten in ihr eine politische Heimat finden, sondern auch jene, die religiös und weltanschaulich nicht im Christentum beheimatet sind. Der entscheidende Punkt ist: Eine exklusivistisch verstandene „christliche“ Politik wäre ihrerseits ganz und gar nicht christlich. Denn es gehört maßgeblich zum Christlichen Menschenbild, gerade keine Unterschiede zwischen Menschen – etwa aufgrund ihrer Religion – zu machen. Gerade weil wir der Überzeugung sind, dass diejenigen Werte, die wir in unserem Kulturkreis auf das Christliche Menschenbild

gründen, universell sind und ausnahmslos gelten sollten, kann sich eine Politik, die sich auf das „C“ beruft, nicht auf Christen beschränken oder diese grundsätzlich bevorzugen.

Wie wir insbesondere im Hinblick auf die rechtspopulistische Vereinnahmung des Christlichen (in Kapitel 5) sehen werden, sind das Herabsetzen und Ausgrenzen anderer Menschen mit dem Christlichen Menschenbild nicht nur unvereinbar, sondern dessen totale Verkehrung. Eine Partei, die sich am Christlichen Menschenbild orientiert, würde ihre eigene ethische Basis untergraben, wenn sie „christliche“ Politik im Sinne einer Politik von Christen für Christen betreiben würde. Dass Nächstenliebe nicht vor religiösen Grenzen haltmachen darf, ist bereits ein Kerngedanke des Evangeliums. Man denke etwa an das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter im Evangelium nach Lukas 10,25–37. CDU und CSU sind keine christlichen Parteien, sie haben keinen religiösen Exklusivitätsanspruch, weder im Hinblick auf ihre Mitglieder noch im Hinblick auf die Adressaten ihrer Politik. Darüber hinaus ist das Christliche Menschenbild für C-Parteien Kompass. Es bietet Orientierung und kann als Prüfstein dienen, aber es lassen sich aus ihm keine direkten und konkreten Normen ableiten. Es bietet als Koordinatensystem einen Rahmen, in dem politische Kompromisse ausgehandelt werden. Dass die CDU weder christliche Politik macht noch eine christliche Partei im engeren Sinne ist, ist bereits von ihrem Selbstverständnis als Volks- und nicht als Konfessionspartei her verständlich: Vom Beginn ihrer Existenz an wollte die CDU nicht nur politische Heimat für Angehörige einer bestimmten Konfession sein, sondern eine Brücke schlagen zwischen Bürgern verschiedenen Glaubens und verschiedener sozialer Schichten. Ihr Selbstverständnis war

von Beginn an integrativ. Die Kölner Leitsätze aus dem Jahr 1945 bilden eines der Gründungsdokumente der „Christlich Demokratischen Union“. Zwar spricht sich das Dokument für einen christlichen Sozialismus aus – eine Position, die die Union nur wenige Jahre später gänzlich hinter sich lassen sollte –, zugleich enthält es aber bereits wichtige Festlegungen für die Verhältnisbestimmung zwischen Partei und Religion:

„Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte [...]. Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung der menschlichen Würde ist. [...] Alle religiösen Bekenntnisse sind frei in ihrer öffentlichen Betätigung.“⁸

Klar ist also von Anbeginn: Es geht nicht um Konfessionalismus, es geht nicht darum, eine christliche Klientelpolitik zu machen, sondern darum, sich auf ein Wertefundament zu besinnen, das christlich und abendländisch ist und in dessen Mitte die Achtung der menschlichen Würde steht, unabhängig vom Bekenntnis. Während andere Grundüberzeugungen durchaus noch Änderungen und Anpassungen erfuhren – zu denken ist etwa an die Hinwendung zur Sozialen Marktwirtschaft in den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15. Juli 1949 –, blieb das integrative Verständnis der Union als werteorientierter Volkspartei ihr Herzstück. So hält es auch das erste Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1978 in seiner Präambel fest:

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes. Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. [...] Aus

christlichem Glauben lässt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“⁹

Das Bemerkenswerte an dem Programm von 1978 ist zum einen, dass es sehr explizit von christlich spricht, zugleich aber deutlich macht, dass es nicht darum geht, ein politisches Programm aus einer religiösen Überzeugung abzuleiten, sondern um ein ethisches Fundament, das auch Nichtchristen zugänglich ist. Hier zeigt sich: Die CDU verstand sich nicht als christliche Partei, sondern als eine konfessionsübergreifende, soziale Schichten verbindende Volkspartei. Es ist darüber hinaus bemerkenswert, dass das Wörtchen konservativ ausgerechnet in diesem ersten Grundsatzprogramm der Union ein einziges Mal vorkommt, und zwar nicht unmittelbar als Selbstzuschreibung, sondern als eine beiläufig erwähnte politische Ausrichtung. Das Wörtchen christlich taucht – abgesehen vom Parteinamen – fünfmal im Dokument auf. Es ist daher ein gewisser Anachronismus, wenn einzelne Stimmen in der Union behaupten, man müsse sich wieder auf konservative Werte besinnen. Die Selbstbezeichnung konservativ war niemals maßgeblich für das Selbstverständnis der Union. Das sollte auch für heute gelten.

Ist Politik auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes konservativ?

Eine Politik, die sich am Christlichen Menschenbild ausrichtet, ist – und das mag manchen überraschen – nicht unbedingt konservativ. Die Schwierigkeit dieser

Frage besteht vor allem darin, dass der Begriff des Konservativen mit völlig verschiedenen Bedeutungen besetzt wird und unbestimmt bleibt, was mit konservativ eigentlich gemeint ist. Der SPD-Politiker Erhard Eppler hat den Begriff konservativ unterschieden in strukturkonservativ und wertkonservativ: Wer sich für den Erhalt bestimmter als wertvoll erachteter Güter, etwa der Natur oder der Solidarität, einsetzt, gilt in dieser Unterscheidung als wertkonservativ, während diejenigen, denen es um den Erhalt von Machtstrukturen und Privilegien geht, als strukturkonservativ eingeordnet werden. Durch diese Unterscheidung wurde es auch jenseits des oftmals als konservativ betrachteten politischen Lagers der Unionsparteien möglich, sich den Begriff des Konservativen zu eigen zu machen. Vor dem Hintergrund dieser Unterscheidung bezeichnete sich etwa Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) als konservativ und die SPD als „Partei der Reform und des Bewahrens“¹⁰. Auch die Grünen haben kaum Berührungspunkte mit dem Konservativen, wie etwa das Plädoyer des Grünen-Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann für „eine neue Idee des Konservativen“ zeigt.¹¹ Hier zeigt sich bereits, dass die Behauptung, konservativ zu sein, schon lange kein christdemokratisches Alleinstellungsmerkmal mehr ist. Alle, die für sich selbst in Anspruch nehmen, konservativ zu sein, stimmen zunächst darin überein, dass es dabei grundsätzlich darum geht zu bewahren, zu erhalten und zu schützen. Damit ist der Begriff des Konservativen allerdings auch eine Leerformel, denn: Was genau eigentlich bewahrt oder erhalten werden soll, geht aus dem Begriff des Konservativen gar nicht hervor.

Bereits aufgrund dieser begrifflichen Unbestimmtheit ist unverständlich, warum einige Stimmen meinen, die Union müsse sich wieder verstärkt auf ihr konservatives

Profil stützen. Viel dringlicher ist es aus meiner Sicht, darüber zu sprechen, welche politischen Positionen es wert sind, beibehalten zu werden, und welche sich als überholt erwiesen haben. Was also geschützt oder erhalten werden sollte, muss sich an einem Wertemaßstab messen lassen. Dieser Maßstab ist für mich das Christliche Menschenbild, in dessen Licht sich beurteilen lässt, wo vermeintlich konservative Positionen eventuell auch zu verwerfen sind oder der Korrektur bedürfen, aber auch, was erhaltenswert ist.

Die Selbstbezeichnung „konservativ“ ist dann plausibel, wenn eine solche einerseits eingebettet ist in ein größeres Wertegefüge und andererseits auch inhaltlich näher auf diesem Fundament bestimmt wird. Nimmt man die Unterscheidung von Eppler auf, dann ist eine Politik auf der Grundlage des Christlichen Menschenbildes durchaus wertkonservativ, aber nur in dem Sinne, dass sie bestimmte Grundwerte für universell gültig hält. Hierzu gehört ganz wesentlich die Würde des Menschen. Eine Politik, die sich am Christlichen Menschenbild ausrichtet, ist allerdings gerade nicht konservativ in ihren konkreten politischen Forderungen. Vielmehr ist es ihre Aufgabe, die Zeichen der Zeit zu lesen, neue Herausforderungen innovativ anzugehen und auch den Mut zu haben, vorherige Meinungen und Positionen anzupassen und zu korrigieren. Als Kompass dient dabei das Christliche Menschenbild: die konkrete Umsetzung derjenigen Grundwerte, an denen sich C-Parteien orientieren, ist immer abhängig vom jeweiligen Kontext. Eine solche Politik orientiert sich also am Allgemeinen, wirkt aber jeweils im Konkreten und nimmt dabei die Lebenswirklichkeit der Menschen ernst.

Sich im politischen Handeln am Christlichen Menschenbild zu orientieren, bedeutet, offen zu sein für

weitere Entwicklungen und die Werte, an denen man sich orientiert, jeweils neu und situationsgerecht zu übersetzen. Wenn eine am „C“ orientierte Politik also konservativ ist, dann nur im Sinne einer Gleichzeitigkeit von progressiv und konservativ: Der gute Konservative weiß, dass er das, was er erhalten will und soll, auch *up to date* bringen muss. Bewährtes kann im Hinblick auf neue Herausforderungen nicht anders geschützt und bewahrt werden als durch kluge perspektivische Erneuerungen. Der Theologe und langjährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier kritisierte am deutschen Konservatismus bereits 1962 dessen „*unkritisches Verhältnis zur nationalen Attitüde*“ und sein „*defensives Beharren auf einer [...] patriarchalisch gestimmten Gesellschaftspolitik*“¹². Für Gerstenmaier war Konservatismus nur „*ohne materielle politische Zielsetzung*“ und nur als Haltung überhaupt sinnvoll.¹³ Diese Haltung bestand für ihn darin, „*sich dem geschichtlichen Zusammenhang zu stellen und sich hin[zu]ordnen auf das, was immer gültig bleibt, also auf innere Werte, die auch im Wandel der Geschichte unbedingte Gültigkeit beanspruchen dürfen*“¹⁴. Das Wertegefüge, das ebendiese unbedingte Gültigkeit beanspruchen darf, ist das Christliche Menschenbild. Angesichts eines fortlaufenden gesellschaftlichen Wandels dürfen wir nicht in einen materiell-politischen Konservatismus oder Traditionalismus verfallen oder dem Neuen in unversöhnlicher Gegnerschaft entgentreten, sondern uns bemühen, unter gewandelten Bedingungen neue Mittel einzusetzen, um an bewährten Zielen festhalten zu können. Konservativ ist an der Union einzig und allein die Bewahrung des Christlichen Menschenbildes als ihres Identitätskerns.